

Zehnte Sitzung – Dixième séance

Donnerstag, 12. März 2015

Jeudi, 12 mars 2015

08.00 h

14.023

Zweitwohnungen. Bundesgesetz

Résidences secondaires. Loi fédérale

Différences – Divergences

Botschaft des Bundesrates 19.02.14 (BBl 2014 2287)
Message du Conseil fédéral 19.02.14 (FF 2014 2209)

Ständerat/Conseil des Etats 25.09.14 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 25.09.14 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 03.03.15 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 04.03.15 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 10.03.15 (Différences – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 12.03.15 (Différences – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 20.03.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 20.03.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

Bundesgesetz über Zweitwohnungen Loi fédérale sur les résidences secondaires

Art. 2 Abs. 4; Art. 4 Abs. 1bis, 3; Art. 9 Abs. 2; Art. 26 Abs. 3bis

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 2 al. 4; art. 4 al. 1bis, 3; art. 9 al. 2; art. 26 al. 3bis

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Rösti Albert (V, BE), für die Kommission: Der Ständerat ist bei der Beratung der Zweitwohnungs-Initiative der Fassung des Nationalrates weitgehend gefolgt, dies insbesondere bei den drei wesentlichen Korrekturen, die der Nationalrat gegenüber der damaligen Kommissionsmehrheit zur Erlangung der Einigung mit den Initianten verabschiedet hat. Es sind dies erstens die Streichung der Möglichkeit zur Erstellung neuer touristischer Wohnungen, wenn diese unter anderem auf Verkaufsplattformen ausgeschrieben werden, zweitens die Möglichkeit des Ausbaus von ortsbildprägenden anstelle von erhaltenswerten Bauten und drittens die Umnutzung von strukturierten Beherbergungsbetrieben zu Wohnungen ohne Nutzungsbeschränkung im Umfang von 50 Prozent der Bruttogeschossfläche. Diesen drei Punkten ist der Ständerat so gefolgt.

Beim letzten Punkt hat der Ständerat eine kleine Präzisierung angebracht, indem er nicht von Bruttogeschossfläche, sondern von Hauptnutzungsfläche spricht, also von der Fläche, die effektiv genutzt werden kann, d. h. ohne die überbaute, durch Wände beanspruchte Fläche. Das ist eine richtige begriffliche Präzisierung, die aber an der Grundhaltung nichts ändert.

Der Ständerat ist dann allerdings in weiteren drei Punkten vom Nationalrat abgewichen. So will er in Artikel 2 Absatz 4 der Version des Bundesrates folgen. Der Nationalrat wollte hier, dass touristisch genutzte Wohnungen zu den Erstwohnungen gezählt werden. Der Ständerat macht hier insbesondere Probleme bei der Datenerfassung geltend und sagt, man habe damit eine neue Kategorie geschaffen. Wenn

aber touristisch genutzte Wohnungen als Zweitwohnungen gelten, bedeutet das natürlich, dass damit der Zweitwohnungsanteil auch höher sein kann. Davon werden einige Gemeinden betroffen sein.

Auch bei Artikel 4, bei welchem der Nationalrat beschlossen hat, dass Gemeinden, welche den Zweitwohnungsanteil von 20 Prozent klar unterschreiten, von der Inventarisierung befreit werden, will der Ständerat die bundesrätliche Lösung, dass alles erfasst werden muss. Dies beschloss er vor dem Hintergrund, dass über die Wohnungs- und Einwohnerregister in allen Gemeinden die notwendigen Daten vorhanden seien und deshalb kaum zusätzlicher Aufwand entstehen werde. Es wurde uns auch von Frau Bundesrätin Leuthard in der Kommission entsprechend bestätigt, dass hier kein bürokratischer Aufwand betrieben würde.

Dann letztlich zu dem vom Nationalrat bei Artikel 26 eingefügten Absatz 3bis: Er hätte die Bewilligungspraxis zwischen dem Abstimmungsdatum der Initiative, dem 12. März 2012 und dem 31. Dezember 2012, geregelt. Er hätte insbesondere eine Gleichbehandlung ermöglicht zwischen jenen, deren Gesuch einfach noch bewilligt wurde, weil keine Einsprachen gemacht wurden, und den anderen, die auch ein Gesuch eingereicht haben, deren Bau aber über eine Einsprache verhindert wurde. Diese Gleichschaltung will man nicht. Der Ständerat sagt hier, das würde Tür und Tor für eine weitere Aufweichung öffnen, die er so nicht akzeptieren kann.

Damit und insbesondere bei den Artikeln 2 und 26 hat der Ständerat Flexibilisierungen gestrichen, die eigentlich von den Initianten akzeptiert worden wären. Das ist eigentlich schade. Da die Resultate im Ständerat aber sehr klar waren und insbesondere die Beschlüsse bei diesen zwei Artikeln einstimmig erfolgten, verzichtet die UREK-NR auf weitere Anträge, die wohl in der Differenzbereinigung sowieso keine Chance hätten. Dies erfolgt insbesondere im Interesse einer verzugslosen Verabschiedung und Inkraftsetzung dieses Gesetzes. Das Gesetz sollte nun noch in dieser Session verabschiedet werden und zur Schlussabstimmung kommen können. So kann insbesondere bei altrechtlichen Bauten eine gewisse Flexibilität eingeführt werden. Die Bausubstanz kann so gut erhalten werden.

Die Differenzen sind somit ausgeräumt. Wir haben hier keine Minderheitsanträge mehr zu diskutieren. Ich bitte Sie namens der Kommission, dem Gesetz in dieser Form zuzustimmen.

Buttet Yannick (CE, VS), pour la commission: Le Conseil des Etats a globalement accepté le compromis décidé dans notre conseil. Il a maintenu des divergences en ce qui concerne quatre articles dans le sens d'un certain durcissement du projet.

A l'article 2 alinéa 4, le Conseil des Etats maintient sa position quant à une définition large de ce qu'est une résidence secondaire, contrairement à notre conseil qui souhaitait la restreindre.

A l'article 4 alinéa 1bis, le Conseil des Etats ne partage pas le point de vue de notre conseil quant à la possibilité de libérer de la tenue de statistiques relatives aux résidences secondaires les communes dont la proportion de résidences secondaires est nettement inférieure à 20 pour cent. Dans un souci de précision, le Conseil des Etats veut imposer l'inventaire des logements à toutes les communes suisses. En commission, il a été précisé que la charge administrative en résultant se limiterait au minimum, de manière à éviter une explosion de la bureaucratie. La commission aura d'ailleurs la possibilité de s'exprimer sur l'ordonnance y relative.

A l'article 4 alinéa 3, le Conseil des Etats souhaite maintenir la version du Conseil fédéral par souci de cohérence avec l'article 2.

A l'article 9 alinéa 2, le Conseil des Etats a décidé de remplacer l'expression «surface brute au sol» par «surface utile principale» puisque cette dernière notion est utilisée dans l'ensemble de la loi et se réfère à une définition officielle de la Société suisse des ingénieurs et des architectes.

Enfin, le Conseil des Etats a jugé l'article 26 alinéa 3bis comme étant trop imprécis ou trop difficile à mettre en oeuvre. Il a décidé de le biffer.

Dans le souci de maintenir le fameux compromis, et au regard des résultats très clairs à ce sujet dans notre conseil, la commission a renoncé à contester les positions très arrêtées du Conseil des Etats, même si celles-ci vont plus loin que le compromis. Ainsi, il ne subsiste plus de divergence entre nos deux chambres sur cet objet, et la mise en oeuvre de cette loi peut être espérée pour le début de 2016.

Le président (Rossini Stéphane, président): Madame la conseillère fédérale Leuthard renonce à s'exprimer.

Angenommen – Adopté

14.071

Modernisierung und Betrieb der Bahnlinie Annemasse-Genf. Abkommen mit Frankreich Modernisation et exploitation de la ligne ferroviaire Annemasse-Genève. Convention avec la France

Erstrat – Premier Conseil

Nationalrat/Conseil national 12.03.15 (Erstrat – Premier Conseil)

Lehmann Markus (CE, BS), für die Kommission: Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen hat der Modernisierung und dem Betrieb der Bahnlinie zwischen Annemasse und Genf und dem entsprechenden Abkommen mit Frankreich zugestimmt. Die Schweiz, und das ist die Pièce de Résistance, finanziert einen Teil dieses Projekts auf französischem Territorium. Man verletzt also das Territorialprinzip oder rückt teilweise davon ab. In der Kommission wurde nicht das Projekt infrage gestellt, aber es gab Kritik an der grenzüberschreitenden Finanzierung. In Tat und Wahrheit finanziert die Schweiz einmal mehr etwas über die Grenzen, wovon auch das Ausland, in diesem Fall Frankreich, einiges profitiert. Es ist aber so, dass die extraterritoriale Finanzierung nur das Gleis im Bahnhof Annemasse betrifft. Wir bezahlen mit 15,7 Millionen Franken einzig das Gleis vom Signal bis in den Bahnhof Annemasse. Damit verhindert man, dass ein zusätzliches Gleis in Genf oder ein Wendegleis in Genf-La Praille gebaut werden muss. Alles in allem ist die Finanzierung des Gleises in Annemasse die günstigste und vernünftigste Lösung für die Schweiz – was die Mehrheit der Kommission auch überzeugt hat.

In der Kommission wurde die Besorgnis geäußert, dass sich Frankreich im öffentlichen Verkehr gegenüber der Schweiz nicht immer sehr kooperativ verhält. Trotzdem hat die Kommission dem Bundesbeschluss für die Modernisierung der Bahnlinie zwischen Annemasse und Genf mit 14 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt. Das Positive an dieser Vorlage überwiegt bei Weitem, darum bitten wir Sie, ihr ebenfalls zuzustimmen.

Mahrer Anne (G, GE), pour la commission: Je déclare d'emblée mes liens d'intérêts: Genevoise, habitant près des chantiers du CEVA et, surtout, voisine de la gare d'Annemasse. Je vous rappelle que le canton de Genève a 102 kilomètres de frontière commune avec la France, alors que le canton n'en partage que 4 kilomètres avec la Suisse.

Le Conseil fédéral nous soumet aujourd'hui un projet d'arrêté portant approbation de la Convention du 19 mars 2014 entre le Conseil fédéral suisse et le gouvernement de la République française concernant la modernisation et l'exploitation de la ligne ferroviaire d'Annemasse à Genève. Comme

vous avez pu le lire dans le message, cette convention a une très longue histoire. La première convention franco-suisse pour la réalisation d'une liaison ferroviaire entre Annemasse et Genève a en effet été signée en 1881. Cette convention définit les rôles des acteurs impliqués de part et d'autre de la frontière dans la planification, la construction, l'entretien, la gestion et le financement de cette infrastructure, y compris d'une voie à quai supplémentaire qui puisse accueillir les trains suisses monocourant en gare d'Annemasse. La modernisation de la ligne entre la ville française d'Annemasse et la gare des Eaux-Vives en ville de Genève est un élément indispensable de la future liaison Cornavin-Eaux-Vives-Annemasse, plus connu sous l'acronyme CEVA.

En connectant les réseaux suisse et français, cette liaison ferroviaire de 16 kilomètres, dont 2 kilomètres sur territoire français, constituera le chaînon manquant pour la création d'un véritable RER à l'échelle de l'agglomération franco-valdo-genevoise.

En 2014, le Conseil fédéral et le gouvernement de la République française ont donc signé une convention qui prévoit la réalisation en France d'une ligne de 2 kilomètres jusqu'à la gare d'Annemasse et des travaux en gare d'Annemasse. Cette convention prévoit une dérogation au principe de territorialité pour l'aménagement en gare d'Annemasse d'une voie à courant de traction suisse.

Cet aménagement est nécessaire, car les deux kilomètres de la ligne en France seront raccordés au réseau électrique du gestionnaire d'infrastructure suisse. La Confédération financera cette mesure au travers d'une contribution forfaitaire et libératoire de 15,7 millions d'euros. Il s'agit de la meilleure solution en termes de rapport coût/utilité. La gare de Cornavin arrive à sa limite de saturation et cette voie supplémentaire en gare d'Annemasse affectée exclusivement au trafic suisse la déchargera.

La commission a donc vu l'opportunité de cette proposition et, par 14 voix contre 2 et 5 abstentions, elle vous invite à autoriser le Conseil fédéral à ratifier la convention internationale CEVA et à accorder un montant additionnel forfaitaire de 15,7 millions d'euros pour les travaux et l'entretien des infrastructures sises sur territoire français.

Leuthard Doris, Bundesrätin: Sie haben ein Abkommen vor sich, das eigentlich schon eine lange Geschichte hat: Man diskutiert mit Frankreich bereits seit dem 19. Jahrhundert über eine Eisenbahnverbindung nach Savoyen. 1881 wurde eine Übereinkunft über den Anschluss der Eisenbahn zwischen Genf und Annemasse an das savoyische Bahnnetz unterzeichnet. 1912 folgte ein Vertrag, aber das Projekt wurde nie vollständig realisiert. Erst im Jahre 2001 wurden die Arbeiten wieder lanciert.

Sie haben heute ein Abkommen vor sich, das dieses fast hundertjährige Projekt endlich zum Abschluss bringt. Sie können das Abkommen zwischen der Schweiz und Frankreich über die Modernisierung und den Betrieb der Bahnlinie von Annemasse nach Genf ratifizieren und auch Ihre Zustimmung zur Finanzierung von Bau und Unterhalt eines Gleises mit Schweizer Bahnstrom im Bahnhof Annemasse erteilen, wobei diese Finanzierung in Abweichung vom Territorialitätsprinzip und mit einem einmaligen Pauschalbetrag erfolgt. Verkehrstechnisch – das haben die Kommissionsprecher zu Recht gesagt – ist die Bahnverbindung Cornavin-Eaux-Vives-Annemasse (Ceva) für den Grossraum Genf und die ganze Westschweiz ein zentrales Projekt.

Das Ceva-Abkommen regelt die finanzielle und betriebliche Organisation zwischen der Schweiz und Frankreich. Ebenso ist im Abkommen die extraterritoriale Finanzierung für das Gleis mit Schweizer Bahnstrom bis zum Bahnhof Annemasse vorgesehen. Damit wird nun ein langjähriges Projekt verwirklicht. Die Ceva wird einen wertvollen Beitrag leisten, um die seit Langem angespannte Verkehrssituation in Genf und entlang des Seebeckens massiv zu entlasten. Es ist ein Angebot des öffentlichen Verkehrs, das die Strasse entlasten wird. Der Grossraum Genf wird somit von dieser neuen Verbindung profitieren.